

Wirtschaftswunder oder Keynes?

REZENSENT:IN

Ewald Nowotny*

WERK

Backhaus, Jürgen G./Chaloupek, Günther/Frambach, Hans A. (Hg.) (2025).
Post-war Keynesianism in Germany and Western Europe.

Cham, Switzerland, Springer Nature. 225 Seiten. Gebundenes Buch. 186,99 EUR.

ISBN 978-3-032-00497-0

ZUSAMMENFASSUNG

Das Buch ist erschienen in der Reihe „The European heritage in economics and social sciences“, die sich die Aufgabe stellt, deutschsprachige wirtschaftswissenschaftliche Entwicklungen englisch-sprachigen Interessierten zugänglich zu machen. Der vorliegende Band gibt einen Überblick über die Rezeption der Ansätze von Keynes in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den deutschsprachigen Ländern sowie in Norwegen. Dies wird dargestellt anhand des Wirkens wichtiger Ökonomen dieser Zeit, wie Erich Schneider, Andreas Paulsen und Karl Schiller in Deutschland, Kurt Rothschild in Österreich und Gottfried Bombach in der Schweiz, wobei im Falle Österreichs auch speziell auf Ökonomen eingegangen wird, die aus dem erzwungenen Exil zurückkehrten.

DOI

10.59288/wug522.127-134

* **Ewald Nowotny:** Univ.-Prof. i. R., Gouverneur der OeNB 2008–2019
Kontakt: ewald.nowotny@gmail.com

Der obige Titel orientiert sich am Buchtitel des 1963 erschienenen Werkes „Wirtschaftswunder oder keines?“ des damaligen AK-Ökonomen Teddy Prager, der nach dem erzwungenen Exil eine neue geistige Heimat in der volkswirtschaftlichen Abteilung der AK gefunden hatte. Die zentrale Aussage dieses Buches war, dass – entgegen der allgemeinen Einschätzung – der Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit eben nicht (primär) der Freisetzung unternehmerischen Denkens im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu verdanken war, sondern der raschen Umsetzung keynesianischer Konzepte.

Das vorliegende Buch, mit herausgegeben von Günther Chaloupek, dem verdienstvollen früheren Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der AK, hat eine Vielzahl von Ökonomen in Erinnerung gebracht, darunter eben auch heute weitgehend vergessene Personen wie den liebenswürdigen und bescheidenen Teddy Prager.

Ich selbst hatte das Glück, in den 1960er- und 1970er-Jahren als Assistent von Professor Kurt Rothschild mit den im rezensierten Buch geschilderten Entwicklungen persönlich eng verbunden zu sein. Ich habe das vorliegende Buch daher mit großen Erwartungen in Empfang genommen – und meine Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Das Buch liefert einen fundierten Überblick über Entwicklung und Einfluss des keynesianischen Denkens im Europa der Nachkriegszeit, wobei vor allem die Entwicklung in Deutschland und Österreich behandelt wird, mit einem kleinen Exkurs zu Skandinavien (insofern ist der Titel des Buches „Postwar Keynesianism in Germany and Western Europe nicht ganz glücklich gewählt). Wohl aber ist der Ansatz, die Rolle des Keynesianismus anhand von Leben und Wirken wichtiger akademischer Forscher darzustellen, klug und weiterführend. Zum einen zeigt sich die Vielfalt der Formen, in denen Keynesianismus in Forschung und Lehre rezipiert wurde. Zum anderen gibt die Darstellung der persönlichen Entwicklung der angeführten Ökonomen (es handelt sich dabei – mit einer Ausnahme – der Zeit entsprechend nur um Männer) auch Hinweise auf die vielfältigen geschichtlichen und politischen Einflüsse, die in der akademischen Welt der Nachkriegszeit gewirkt haben.

Die Herausgeber des Bandes sehen das Ende der „keynesianischen Periode“ mit dem Zusammenbruch der Bretton-Woods-Ordnung um die Jahre 1971/72 und den damit zum Teil verbundenen Ölshocks der Jahre 1973 und 1979/80. In der Folge kam es dann international zu lang anhaltenden Stagflationsentwicklungen. Dies habe den Weg geöffnet für die Dominanz alternativer wirtschaftswissenschaftlicher und politischer Konzeptionen, insbesondere in Form des Monetarismus.

Nun ist es richtig, dass eine Stagflationskonstellation – ein gleichzeitiges Auftreten von hoher Arbeitslosigkeit und hoher Inflation – einer simplen Sicht eines keynesianischen Modells strikt widerspricht. Diese simple Sicht sieht Inflation als ausschließlich nachfragebestimmtes Phänomen. Eine angebotsbestimmte Inflation, wie einen Ölpreisschock, durch restriktive Nachfragepolitik, speziell restriktive Geldpolitik zu bekämpfen bedeutet einen „langen Bremsweg“ und führt daher über erhebliche Zeiträume zu Stagflation – mit den entsprechenden hohen

gesamtwirtschaftlichen Kosten. Keynes (1940) selbst ist auf diese Problematik speziell in seiner Studie „How to Pay for the War“ eingegangen und hat für direkte Eingriffe auf der Angebotsseite, speziell durch Rationierung, plädiert. In Österreich ist dies in der Phase des „Austro-Keynesianismus“ zum Teil auch befolgt worden, z. B. durch Einführung autofreier Tage oder Formen der Energieeinsparung. Eine kleine offene Volkswirtschaft ist aber selbstverständlich primär extern bestimmt.

Bei den im vorliegenden Band behandelten „keynesianischen“ Ökonomen werden Erich Schneider (Chapter 2), Andreas Paulsen (Chapter 3) und Erich Preiser (Chapter 6) für den akademischen Bereich als speziell einflussreich hervorgehoben. Ich muss allerdings gestehen, dass ich als Student den anregenden Paul Samuelson dem staubtrockenen Erich Schneider vorgezogen habe. Aus enger fachlicher und auch persönlicher Verbindung mit Kurt Rothschild ergab sich für die Ökonomen der Uni Linz ein enger Austausch mit den „Baslern“. Der im Buch besprochene Hajo Riese (Chapter 7) kam ja von der Uni Basel als Ordinarius nach Linz (und zog dann weiter an die FU Berlin). Vor allem fruchtbar war aber der Austausch mit dem im Buch eingehend geschilderten Professor Gottfried Bombach (Chapter 5). Bombach brachte in die keynesianische Diskussion vor allem die Wachstumsperspektive ein und zeigte die möglichen Zielkonflikte zwischen hohem Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und „fairer“ Einkommensverteilung. Für ihn ergab sich daraus die Notwendigkeit, dass sich die Gewerkschaften neben Fragen der Lohnpolitik auch für eine stärkere Kapitalbeteiligung der unselbstständig Beschäftigten einsetzen sollten (siehe z. B. Bombach 1959). Die damals, speziell auch in Schweden, intensiv geführte Diskussion über „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ hat freilich zu keinen nachhaltigen Ergebnissen geführt. Immerhin gibt es in Österreich einige wenige Beispiele in dieser Richtung. Von besonderer Bedeutung ist dabei die erfolgreiche – vor allem strategisch orientierte – starke Aktionär:innens-tellung der Arbeitnehmer:innen bei der voestalpine Linz.

Von speziellem – auch weiterführendem – Interesse ist die Studie von Reinhard Neck, Professor an der Universität Klagenfurt, über Karl Schiller als Ökonomen und Politiker (Chapter 4). Schiller war nach Kriegsende Mitglied der SPD geworden und wirkte seit 1947 als Professor am Institut für Weltwirtschaft in Hamburg. Er sah seine Rolle als die eines „aufgeklärten Technokraten“, der sich bemühte, keynesianische Positionen in die wirtschaftspolitische Diskussion einzubringen. Die deutsche Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit war ja dominiert vom – zunächst durchaus erfolgreichen – Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ (mit großem „S“, d. h. „Sozial“ als Aufgabe, nicht als Charakterisierung der Marktwirtschaft). Theoretische Grundlage war das von der „Freiburger Schule“ unter Walter Eucken entwickelte, stark legalistisch orientierte Konzept der „Ordnungspolitik“.

Schillers Zielsetzung war nun – in seinen Worten – „die Verbindung der Keynesianischen Botschaft mit dem Freiburger Imperativ“ (Schiller 1964); dies nicht unähnlich der von Paul Samuelson (1948 ff.) in seinem weltweit prägenden Lehrbuch vertretenen „neoklassischen Synthese“, der Verbindung von marktbestimmter Mikroökonomie und keynesianisch stabilisierter Makroökonomie. Schillers große

Stunde kam, als die SPD in Deutschland erstmals in Regierungsverantwortung kam und er als Wirtschaftsminister und später zusätzlich als Finanzminister wirken konnte. Es gelang ihm, die Rezession 1966/67 durch den Einsatz keynesianischer Instrumente zu überwinden. Weiters gelang es ihm 1967, mit dem „Stabilitätsgesetz“ die bis heute wohl direkteste Übertragung keynesianischer Perspektiven durchzusetzen.

Schiller – wie auch später der keynesianisch orientierte Bundeskanzler Helmut Schmidt – bekam freilich zunehmend Schwierigkeiten mit seiner eigenen Partei. Die „Neue Linke“ in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren führte auch in der SPD im Bereich der Wirtschaftspolitik zu einer neuen Betonung marxistischer Ansätze und erschwerte damit die Bildung einer kohärenten Wirtschaftspolitik. Schiller, persönlich kein einfacher Charakter, reagierte darauf mit seinem Rückzug aus der Politik. Wie Neck in seinem Beitrag zeigt, sind Schillers Erfahrungen nicht untypisch für die Probleme einer empirisch-pragmatisch orientierten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in Deutschland: eingezwängt zwischen starrer – auch von Sonderinteressen bestimmter – Ordnungspolitik und ideologisch aufgeladenen, aber oft nicht mehrheitsfähigen Positionen.

In einem klugen und fundierten Beitrag (Chapter 8) beschreibt Hagen Krämer, Professor an der Hochschule Karlsruhe und Vorsitzender der Keynes-Gesellschaft, Kurt Rothschild als „innovativen, pluralistischen post-Keynesianischen Ökonomen“ (139 f.). Und in der Tat ist das weite Spektrum von Rothschilds Forschungsinteressen und methodischen Grundlagen nicht einfach in einem einzelnen Beitrag zu erfassen. Als durchgehendes Charakteristikum sieht Krämer die Verbindung von politischen und sozialen Aspekten mit theoretisch und empirisch fundierten volkswirtschaftlichen Analysen.

Krämer stellt diesen Ansatz eingehend dar in Bezug auf Rothschilds Arbeiten zu Lohnentwicklung und Einkommensverteilung. Von besonderer aktueller Bedeutung ist dabei die Verknüpfung von (quasi) monopolistischer Marktmacht und der Tendenz zu massiv wachsender Ungleichheit der Einkommensverteilung. Rothschild war – und ist – ja einer der wenigen Ökonomen, die sich analytisch und empirisch mit unterschiedlichen Dimensionen von wirtschaftlicher Macht beschäftigen.

Ein speziell „keynesianischer“ Aspekt von Rothschilds Arbeit ist die zentrale Beachtung von Unsicherheit im keynesianischen Sinn. Das Wirtschaftsgeschehen wird aus dieser Sicht als eine Abfolge von wirtschaftlichen Ungleichgewichten gesehen – im Gegensatz zum grundlegenden neoklassischen Modell einer „Gleichgewichts-Ökonomie“. Diese keynesianische Perspektive einer – trotz beachtlicher Dynamik – immanenten Instabilität eines „freien“ kapitalistischen Wirtschaftssystems hat auch dazu geführt, dass Rothschild in seinen makroökonomischen Analysen auch stets die Möglichkeit von Wirtschaftskrisen mit in Betracht zog; dies im Gegensatz zu vielen Ökonomen, die immer wieder vom „plötzlichen“ Auftreten von Wirtschaftskrisen überrascht waren – und es in Zukunft wohl auch sind. Ein besonderes Gewicht in Bezug auf Krisenphänomene legt er dabei, motiviert durch

seine gesellschaftspolitische Sensibilität, auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und verwahrt sich gegen neoklassische Ansätze, Arbeitslosigkeit als mikroökonomisches Phänomen „wegzudefinieren“.

Rothschilds „multiparadigmatischer Ansatz“ war nicht geeignet, eine theoriebezogene „Schule“ zu begründen. Wohl aber hat er nachhaltige Wirkung durch den von ihm vertretenen Problemlösungsansatz, charakterisiert durch fundierte empirische Analyse, verbunden mit der Bereitschaft zu einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive.

In diesem Sinn spielt Rothschild auch eine wichtige Rolle in der eingehenden Beschreibung der nach dem Krieg nach Österreich zurückgekehrten vertriebenen Ökonomen, die Günther Chaloupek im vorliegenden Band liefert (Chapter 9). Schon als junger Ökonom im englischen Exil befasste sich Rothschild mit der Frage der „wirtschaftlichen Lebensfähigkeit“ Österreichs. Entgegen dem Pessimismus, der die Entwicklung der Ersten Republik vergiftet hatte, sah Rothschild schon früh positive Entwicklungsmöglichkeiten – und ist für diesen Optimismus auch in seiner Lebenspraxis (nicht zur Freude seiner Familie) schon 1947 durch seine Rückkehr ins verarmte und zerstörte Wien eingestanden.

Der überaus interessante Beitrag von Günther Chaloupek gibt zunächst einen Überblick über den in vieler Hinsicht problematischen Stand der Wirtschaftswissenschaft in Österreich vor 1938. Nicht zuletzt war die – obwohl von vielen akademischen Ökonomen empfohlen – mangelnde Bereitschaft, den Wirtschaftskrisen dieser Zeit entgegenzuwirken, eine wesentliche (wenn auch nicht die einzige) Ursache für die mangelnde politische Widerstandskraft Österreichs gegenüber Deutschland, wo – freilich durch Rüstungskonjunktur – bereits Vollbeschäftigung herrschte. Die „keynesianische“ Entschlossenheit des Nachkriegs-Österreich, diesen Fehler nicht zu wiederholen, ist jedenfalls als Beispiel dafür zu registrieren, dass Politik doch manchmal – zumindest für einige Zeit – fähig ist, aus der Geschichte zu lernen.

Etwa 100 Ökonom:innen mussten Österreich verlassen, zum Teil auch schon vor 1938 als Reaktion auf die politische und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit des „Ständestaates“. Chaloupek gibt einen verdienstvollen Überblick über das Schicksal vieler dieser Emigrant:innen in den USA und in Großbritannien. Es waren dann überwiegend Emigrant:innen, die nach Großbritannien ausgewandert bzw. geflohen waren, die nach Ende des Weltkrieges bereit waren, nach Österreich zurückzukehren. Chaloupek beschreibt eindrucksvoll das jämmerliche Verhalten der österreichischen Universitäten gegenüber diesen hoch qualifizierten Ökonom:innen. So konnten international anerkannte Ökonomen wie Kurt Rothschild oder Josef Steindl erst sehr spät (1966) oder gar nicht eine Stellung in der akademischen Lehre erlangen.

Eine Wirkungsstätte für diese Ökonom:innen – und damit auch eine seriöse Beschäftigung mit dem Werk von J. M. Keynes – ergab sich zunächst nur im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und wenig später dann in der neu aufgebauten Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer. Günther

Chaloupek, selbst ein früherer Leiter dieser Abteilung, gibt einen verdienstvollen Überblick über prägende Persönlichkeiten aus den Pionierzeiten dieser Abteilung. Die eindrucksvolle Liste umfasst den zu Recht speziell gewürdigten Stefan Wirlander, Eduard März, Marika Szecsi, Philipp Rieger, Teddy Prager und eine Reihe anderer Namen.

Die wirtschaftswissenschaftliche Vorreiterrolle der Arbeiterkammer – und damit indirekt auch der Sozialdemokratie – veranlasste dann auch andere Institutionen, wie speziell die Bundeswirtschaftskammer, durch Heranziehen junger Ökonomen:innen nachzuziehen. Im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft war es dabei speziell der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, wo Expert:innen aus den Kammern, dem Wifo, den Ministerien und – vereinzelt – aus den Universitäten gemeinsam Konzepte für konkrete wirtschaftspolitische Problembereiche entwickelten.

Daraus (gefördert auch durch gemeinsame Studienreisen) entstand nicht nur gegenseitiges persönliches Verständnis, sondern auch ein gesellschaftspolitischer Grundkonsens – dies ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den inhaltlichen und persönlichen Unvereinbarkeiten in der Zwischenkriegszeit. Aus einer Vielzahl von Gründen ist dieser Grundkonsens heute freilich viel schwächer geworden; dies nicht zuletzt, weil sich die wirtschaftspolitische Diskussion zunehmend von gemeinsamen Gremien zu medialen Frontstellungen zwischen „nahestehenden“ Thinktanks verlagert hat.

Beim Vergleich mit Deutschland zeigt Chaloupek die paradoxe Konstellation, dass in Deutschland keynesianisches Denken an den Universitäten stark, in der praktische Politik dagegen schwach verankert war, während in Österreich durch das intellektuelle Zurückbleiben der Universitäten qualifizierte Ökonomen:innen gezwungen waren, in Institutionen außerhalb der Universitäten zu arbeiten, damit aber wesentlich stärkeren Einfluss auf die wirtschaftspolitische Willensbildung gewannen. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung war dann – als Reaktion auf die Ölkrisen der 1970er-Jahre – die Etablierung des eigenständigen Konzeptes des „Austrokeynesianismus“ als Synthese von keynesianischer Beschäftigungspolitik, monetaristischer Preisstabilisierung (via DM-Anbindung im Rahmen der „Hartwährungspolitik“) und langfristiger Strukturpolitik in Bezug auf Infrastrukturinvestitionen und Industriepolitik.

Das besprochene Buch enthält noch eine Fülle weiterer interessanter Analysen und Darstellungen, auf die aus Platzgründen hier leider nicht eingegangen werden kann. Als amüsantes Beispiel aus dem norwegischen Beitrag (Chapter 10) sei nur die Darstellung der – erfolglosen – Versuche genannt, John Maynard Keynes für sein Buch „The Economic Consequences of the Peace“ von 1919 den (vom norwegischen Parlament zu vergebenden) Friedens-Nobelpreis zu verschaffen.

Die Herausgeber des Buches haben der Versuchung widerstanden, die eingehende Darstellung des „Nachkriegs-Keynesianismus“ durch eine Analyse der derzeitigen Situation zu ergänzen. Einige kurze Anmerkungen aus meiner Sicht seien aber erlaubt: Hinsichtlich der makroökonomischen Analyse haben sich die in den

1980er- und 1990er-Jahren forcierten Gegenpositionen wie Monetarismus, rationale Erwartungen etc. als nicht überzeugend erwiesen. Wie etwa der frühere Präsident der US-Notenbank und Professor an der Princeton University Ben Bernanke in seinen Memoiren schreibt, stellt die „Neo-Keynesianische Synthese“ heute die grundlegende Position für makroökonomische Analysen dar – sowohl in der akademischen wie in der angewandten (z. B. Notenbank-) Forschung. Das bedeutet die Erkenntnis, dass Märkte auch längerfristige Ungleichgewichte aufweisen können, und die – für Keynes zentrale – Sicht, dass Rezessionen schädlich sind und es eines koordinierten Einsatzes von Geld- und Fiskalpolitik bedarf, um Vollbeschäftigung zu sichern.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht war freilich in einem grundlegenden Bereich die „monetaristische Konterrevolution“ siegreich. Entgegen der oben angesprochenen zentralen keynesianischen Position einer wirtschaftspolitischen Gesamtverantwortung für das Erreichen der zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik hat sich speziell in Europa eine Sicht der Vereinzelung durchgesetzt: Beschäftigung sei damit Sache der Tarifparteien, Preisstabilität eine ausschließliche Verantwortung der Notenbanken, Fiskalpolitik sei längerfristig unwirksam, weshalb sich die staatliche Wirtschaftspolitik auf Wettbewerbs- und Strukturpolitik zu beschränken habe. In der Weiterfolge der Preisschocks der vergangenen Jahrzehnte hat sich dann aus der Reihe wirtschaftspolitischer Zielsetzungen Preisstabilität als die dominante wirtschaftspolitische Zielsetzung ergeben. Zum Erreichen dieser Zielsetzung wurden dementsprechend die Notenbanken „in die Unabhängigkeit entlassen“.

In den EU-Verträgen und in den EZB-Statuten wird zwar subsidiär auch die Möglichkeit anderer wirtschaftspolitischer Zielsetzungen genannt, es besteht aber eine klare Priorität für die Zielsetzung Preisstabilität. Ebenso ist eine weitgehende Trennung von Geld- und Fiskalpolitik postuliert. In der wirtschaftspolitischen Praxis können sich dabei gerade im Euro-Raum erhebliche strategische Differenzierungen ergeben. Vom internationalen neokeynesianischen Mainstream im Sinn Bernankes geprägte Ökonom:innen – etwa der frühere EZB-Präsident Mario Draghi – bemühten sich innerhalb der vorgegebenen Regelungen um eine wirksame Abstimmung von Geld- und Fiskalpolitik (und verhinderten damit eine neue Weltwirtschaftskrise). Dies fand aber heftige Kritik, speziell von deutschen „ordnungspolitisch“ geprägten Ökonom:innen – bis hin zu Klagen beim deutschen Bundesverfassungsgericht.

Es wäre reizvoll, wenn sich die verdienten Herausgeber der hier besprochenen Publikation der Herausforderung annähmen, nach der instruktiven Darstellung des „Post-war Keynesianism“ auch die Rolle von keynesianischem Denken in späteren Phasen der Wirtschaftspolitik zu analysieren. Wie die interessante Arbeit der von Jürgen Kromphardt gegründeten „Keynes-Gesellschaft“ zeigt, besteht ja auch im deutschen Sprachraum eine Vielzahl von weiterführender akademischer Forschung. Jedenfalls gibt der vorliegende Band nicht nur eine umfassende und solide Darstellung der „Post-war“-Diskussion, er regt auch an, über viele Fragestellungen und Entwicklungen weiter nachzudenken und zu forschen. Das ist wohl das höchste Lob, das man einer akademischen Publikation spenden kann.

LITERATUR

- Bernanke, Ben S. (2015).** The Courage to Act. New York/London, Norton.
- Bombach, Gottfried (1959).** Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum und Einkommensverteilung. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 95, 1–20.
- Erhard, Ludwig (1957).** Wohlstand für alle. München, Econ-Verlag.
- Keynes John Maynard (1919).** The Economic Consequences of the Peace. London, McMillan.
- Keynes John Maynard (1940).** How to Pay for the War. London, McMillan.
- Nowotny, Ewald (2026).** Austro-Keynesianismus. In: Gabriel Felbermayr (Hg.). 100 Jahre Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Festschrift. Wien.
- Prager, Theodor (1963).** Wirtschaftswunder oder keines? Zur politischen Ökonomie Westeuropas. Wien/Köln/Stuttgart/Zürich, Europa-Verlag.
- Samuelson, Paul S. (1948 ff.).** Economics. (Zahlreiche Auflagen, später mit W. D. Nordhaus.) New York, McGraw Hill.
- Schiller, Karl (1964).** Der Ökonom und die Gesellschaft. Das freiheitliche und das soziale Element in der modernen Wirtschaftspolitik. Stuttgart, Gustav Fischer.